

Wurm drin

Infrastruktur Ein interner Regierungsbericht offenbart die Kostenexplosionen auf Baustellen des Bundes. Schuld ist auch der Personalabbau der letzten Jahre.

Eines der größten Bauvorhaben der Bundesregierung liegt im Greifswalder Bodden, einem Brutgebiet für Seevögel im Flachwasser vor Rügen. Auf der Ostseeinsel Riems entsteht der neue Hauptsitz des bundeseigenen Friedrich-Löffler-Instituts, ein Hochsicherheitstrakt zur Erforschung von Tierseuchen und Viren wie Ebola oder der Vogelgrippe.

Für die Allgemeinheit ist die kleine Insel gesperrt, eine Ausnahme gab es aber im vorigen August für Angela Merkel. Es war Bundestagswahlkampf, und Riems gehört zu ihrem Wahlkreis. Die Kanzlerin weihte öffentlichkeitswirksam das erste von 89 Laboren ein, lobte „eine der modernsten Forschungsstätten“ und die wissenschaftliche Arbeit auf „allerhöchstem Niveau“.

Die Kostensteigerungen verschwieg Merkel indes lieber. 340 Millionen Euro muss der Bund am Ende für den Gebäudekomplex zahlen, ursprünglich waren 150 Millionen Euro angesetzt. Siebenmal musste der Bundestag bereits Geld nachschießen.

Wieder einmal kommt es anders als gedacht. Dass die öffentliche Hand bei Großprojekten scheitert, haben Bauvorhaben wie der Berliner Flughafen BER oder Stuttgart 21 (siehe Seite 31) bereits eindrucksvoll belegt – obwohl der Bund lieber von Einzelfällen spricht. „Wir haben sehr positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Architekten und dem Bund als Bauherrn“, sagte Bau-Staatssekretär Florian Pronold (SPD) noch am vorigen Montag in der ZDF-Sendung „Wiso“: „Ich würde auch sagen, dass 90 bis 95 Prozent der Projekte im Großen und Ganzen ohne irgendein Problem ablaufen.“

Nur einen Tag später unterzeichnete seine Ministerin Barbara Hendricks (SPD) ein internes Schreiben an den Bauausschuss des Bundestags, aus dem etwas ganz anderes hervorgeht: 40 Baustellen des Bundes zählt die SPD-Frau darin auf, nur 14 davon bleiben nach aktuellem Stand im Rahmen der ursprünglichen Planung. Alle anderen werden oft mit jahrelanger Verspätung fertig und produzieren insgesamt Mehrkosten von bis zu einer Milliarde Euro, wie aus dem Bericht hervorgeht.

Selten gibt es einen so unverstellten Einblick in das systematische Versagen des Bundes: Hendricks' Liste offenbart erst-



mals das Ausmaß des Schadens. So gibt es Preissteigerungen auch bei Baustellen, von denen selten die Rede ist, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe etwa, dessen Sanierung um 18,8 Prozent teurer wird als geplant. Oder beim Bildungsministerium in Bonn (plus 29 Prozent), beim Bundesarchiv in Berlin (plus 46 Prozent) oder bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund (plus 80,7 Prozent).

Die Baubehörden des Bundes laufen immer wieder in die gleiche Falle: Um die Projekte durch den Bundestag zu bekommen, wird der Preis erst nach unten geschraubt. Nach Baubeginn stellt sich bald heraus, dass die Vorgaben nicht mehr zu halten sind. Zudem kommen oftmals Baufirmen mit dem günstigsten Angebot zum Zug, die ihre Leistung hinterher nicht verlässlich erbringen können. Die Folge: Streitereien, Insolvenzen, Klagen.

Ministerin Hendricks räumt Probleme offen ein. „Bei einzelnen Bauverwaltungen tragen strukturelle Defizite und ein zu weit gehender Personalabbau inzwischen zu einer teilweise unzureichenden Aufgabenwahrnehmung bei“, heißt es in ihrem Schreiben an die Parlamentarier.

Die Hauptstadt ist weiterhin das Zentrum der Bundesbaustellen. Im Regierungsviertel werkeln Arbeiter an jeder Ecke an neuen Bürogebäuden. Nur selten

kann Hendricks, die als Umweltministerin die Zuständigkeit fürs Bauen erst im vorigen Dezember vom Verkehrsressort übernommen hat, Erfolge vermelden. Das Innenministerium in der Nähe des Hauptbahnhofs zum Beispiel wird demnächst fertig und soll die veranschlagten Kosten in Höhe von 208 Millionen Euro sogar leicht unterbieten.

Ganz anders sieht es hingegen beim Bundesnachrichtendienst (BND) aus, dessen neue Zentrale nach jüngstem Stand 1,04 Milliarden Euro verschlingt – rund 45 Prozent mehr als vorgesehen. Der Komplex an der Chausseestraße sieht von außen zwar schon so gut wie fertig aus, doch Hendricks warnt vor zusätzlichen Problemen. „Weiterer besondere Kostenrisiken“ bestünden jetzt schon, heißt es in ihrem Papier. „Kündigungen und Insolvenzen, ungenügende Planungsleistungen Dritter“ und „verbleibende Prozessrisiken“ machen demnach dem Bund zu schaffen. Statt 2012 zieht der BND frühestens 2016 ein.

Auch die Berliner Staatsbibliothek Unter den Linden macht Stress. Das Gebäude aus der Kaiserzeit ist schon so lange eingerüstet, dass sich viele Passanten kaum noch an die schöne Fassade erinnern können. Die Sanierung soll über 440 Millionen Euro verschlingen – ursprünglich waren 116 Millionen Euro weniger angesetzt. Seit



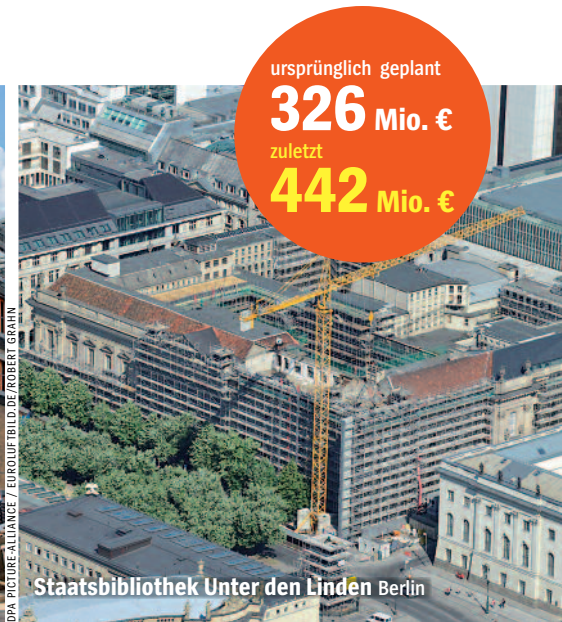
ursprünglich geplant
150 Mio. €
zuletzt
340 Mio. €

Insel Riems (bei Greifswald)
Ausbau für das Friedrich-Löffler-Institut



ursprünglich geplant
40 Mio. €
zuletzt
66 Mio. €

Deutsche Botschaft Washington
Sanierung der Kanzlei



ursprünglich geplant
326 Mio. €
zuletzt
442 Mio. €

Staatsbibliothek Unter den Linden Berlin

2004 wird renoviert, eigentlich sollte Ende 2012 alles fertig sein. Nun warnt das Ministerium vor „weiteren Kostenrisiken“ sowie „erkennbaren weiteren Terminrisiken“ und stellt eine Eröffnung im Sommer 2016 in Aussicht.

So folgt bei den Baustellen des Bundes eine Kostensteigerung der nächsten. Überzeugende Erklärungen dafür liefert der Bauherr allerdings nicht immer. Das Robert-Koch-Institut zum Beispiel, das Krankheiten in der Bevölkerung erforscht, be-

übernehmen, immer wieder ducken sich Beamte weg.“

Früher, als das Amt noch Bundesbaudirektion hieß, trafen die Regierungsleute alle wichtigen Entscheidungen selbst. Heute werden zahlreiche Aufgaben an externe Dienstleister ausgelagert: Projektsteuerer, Bauplaner, Kontrolleure. Manche von ihnen verteilen die Aufträge an Subunternehmer weiter. Schnell verliert der Bund, der sich nur noch selten auf den Baustellen blicken lässt, die Übersicht.

„Es wäre klüger, wenn die Bauverwaltung von Anfang an die Risiken klar benennen und kalkulieren würde.“

kommt in der Nähe des Berliner Virchow-Klinikums ein neues Zuhause. Ursprünglich hatte der Bundestag etwa 100 Millionen Euro für den ersten Bauabschnitt freigegeben. Drei Nachträge später sind es 170 Millionen Euro. Als Ursachen nennt das Ministerium unter anderem lapidar die „Komplexität des Projekts“ sowie „Aufgaben der Genehmigungsbehörden“. Die Errichtung der Labore, Schleusensysteme und Chemikalienduschen ist sicherlich schwierig. Doch war das alles nicht schon vorher bekannt? Und muss der Bau gleich um rund 60 Prozent teurer werden?

„Es ist der Wurm drin“, sagt Florian Mausbach. Er war bis zu seiner Pensionierung 2009 jahrelang Präsident des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR), das für die großen Bauvorhaben des Bundes zuständig ist: „Es wäre klüger, wenn das BBR von Anfang an die Risiken klar benennen und kalkulieren würde. Das Geld muss ja gar nicht komplett ausgegeben werden. Es reicht, wenn der Finanzminister die Mittel sperrt und nur für den Notfall freigibt, falls die Probleme auftreten.“

Architekten, die für den Bund bauen, verzweifeln an ihrem Auftraggeber. Das BBR, sagt einer von ihnen, sei eine kafkaeske Behörde: „Keiner will Verantwortung

Kommt es dann zum Streit über Nachtragsforderungen, drohen langwierige Prozesse, in denen weitere Gutachter und Sachverständige ihre Expertise vorlegen. All das kostet Geld, Zeit und Nerven.

Die Opposition kritisiert die Zustände auf den Baustellen des Bundes: „Es nützt am Ende nichts, wenn die öffentliche Hand Personalstellen einspart, aber wegen schlechter Planung und Kontrolle bei Bauprojekten regelmäßig Millionen und Milliarden an Steuergeldern verschwendet“, sagt die Grünen-Bundestagsabgeordnete Lisa Paus.

Die Folgen lassen sich nicht nur in Deutschland beobachten. Auch bei der Sanierung deutscher Einrichtungen im Ausland werden die Kosten- und Zeitpläne häufig gesprengt. Im Juni 1994 bewilligte der Haushaltsausschuss des Bundestags 3 Millionen Mark (1,4 Millionen Euro) für eine „Pinselsanierung“ des Deutschen Archäologischen Instituts in Rom.

Das „Germanico“ ist eine der ältesten deutschen Forschungseinrichtungen im Ausland, 1829 hatte es ein Freundeskreis aus preußischen Diplomaten und Gelehrten als „Institut für die archäologische Korrespondenz“ gegründet.

Zuletzt war das Institut in einem Stahlbetonbau aus den 1960er-Jahren in der

Nähe der Villa Borghese untergebracht. Doch nicht nur die Fassade war sanierungsbedürftig, wie sich bald herausstellte. Das ganze Gebäude erwies sich nach Untersuchungen als baufällig. 2006 wurde das Institut, das die weltweit umfassendste Bibliothek für Archäologie beherbergt, für Besucher geschlossen. Seit dem Frühjahr 2008 dürfen nicht einmal mehr die Institutsmitarbeiter das Gebäude betreten.

Auf der Baustelle passierte trotzdem jahrelang gar nichts. Im Februar 2015 soll nun mit der Generalsanierung begonnen werden. Wenn alles gut geht, sind die Bauarbeiten im Mai 2017 abgeschlossen – 23 Jahre nach Bewilligung der ersten Mittel.

Überhaupt ist das Ausland für die Ingenieure der Bundesbauverwaltung ein schwieriges Terrain. In Washington sind die Kosten für die Renovierung der deutschen Botschaft, die einst von dem renommierten Architekten Egon Eiermann entworfen wurde, auf über 65 Millionen Euro gestiegen. In Peking hatte der Bund Probleme, einen Generalunternehmer zu finden, der die Botschaft umbaut. Der Grund: In der chinesischen Hauptstadt ist es üblich, dass alte Gebäude einfach abgerissen werden und dass neu gebaut wird. Sanierungen sind dort wohl noch kein Geschäftsmodell.

Besonders ärgerlich für Hendricks und ihre Kabinettskollegen ist unterdessen die Lage am künftigen Berliner Großflughafen. Während das neue Terminalgebäude BER immerhin von außen einigermaßen betriebsbereit wirkt, ist für ein repräsentatives Regierungsterminal gleich nebenan bislang nicht mal ein Grundstein gelegt.

Trotzdem wurden für „Planung und erste Bauarbeiten des ‚Regierungsflughafens‘“, so das Papier, bereits Aufträge in Höhe von 50 Millionen Euro vergeben.

Sven Becker, Andreas Wassermann